

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. September 2017

1. EP begrüßt „Neue europäische Agenda für Kompetenzen“

Im Rahmen der Plenarsitzung in Straßburg hat das Europäische Parlament (EP) am 14. September 2017 die [EntschlieÙung](#) „Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen“ angenommen. Diese nimmt Bezug auf die [Mitteilung](#) der Europäischen Kommission „Eine neue europäische Agenda für Kompetenzen: Humankapital, Beschäftigungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam stärken“ vom 10. Juni 2016. Das EP begrüÙt die Reform der europäischen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, mit der unter anderem unternehmerische und kritische Denkweisen, Kreativität sowie die Fähigkeit zu bewussten Entscheidungen gefördert werden sollen. Begonnen werden soll bei der frühkindlichen Bildung bis hin zu Maßnahmen für lebenslanges Lernen, mit Fokus auf die Digitalisierung und die Förderung geringqualifizierter Menschen. Für die Aus- und Weiterbildung junger Menschen soll das praxisorientierte Lernen, zum Beispiel in Form der dualen Berufsausbildung, mehr im Mittelpunkt stehen. Die größere Berücksichtigung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau sowie die Weiterbildung von Lehrenden sind ebenfalls Inhalt der EntschlieÙung. Gleichwohl wird bemängelt, dass für die Umsetzung der Agenda keine eigenen Finanzmittel zu Verfügung stehen. Gefordert wird zudem ein „Europäisches Jahr der Erwachsenenbildung“, um das öffentliche Interesse auf das Thema zu lenken.

2. Terminankündigung: Anhörung im EP zum Dienstleistungspaket

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament (EP) wird am 27. September 2017 eine Anhörung mit dem Titel „The Service Package – An alternative to enforcement action?“ durchführen. Eröffnet wird die Anhörung der binnenmarktpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Dr. Andreas Schwab. Nach Ausführungen von Lowrie Evans, Generaldirektorin der Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, zur Position der Europäischen Kommission werden sich zwei Panels anschließen – das erste über die „E-card – Real added value or simply more bureaucracy?“ und das zweite zu „Notification/Proportionality – How to avoid duplication of procedures?“. Auf dem zweiten Panel werden die deutschen Freien Berufe durch den BFB-Vize- und ABDA-Präsidenten Friedemann Schmidt vertreten sein. Schließen wird die Veranstaltung Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion. Die Anhörung findet von 15:00 bis 17:30 Uhr im Sitzungsraum JAN 6Q2 statt.

3. 500 Millionen Euro extra zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit

Das Europäische Parlament (EP) hat am 13. September 2017 die Aufstockung der Haushaltsmittel für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen ([Youth Employment Initiative/YEI](#)) zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union um 500 Millionen Euro [gebilligt](#). In dem Beschluss fordert das EP die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, sicherzustellen, dass die zusätzlichen 500 Millionen Euro bis Ende 2017 abgerufen werden. Laut Berichterstatter Jens Geier (S&D) liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei den 16- bis 25-Jährigen in manchen EU-Mitgliedstaaten noch mehr als doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt. Das zusätzliche Budget – zu den bereits im April 2017 bewilligten 1,2 Milliarden Euro – soll neue Arbeitsplätze, Lehrstellen und Weiterbildungen ermöglichen. Die YEI wurde 2013 ins Leben gerufen, um junge Menschen unter 25 zu unterstützen, die weder zur Schule gehen, noch über einen Arbeitsplatz oder eine Lehrstelle verfügen und die zudem in einer Region leben, in der die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 über 25 Prozent lag. Seit 2013 hat die YEI über 1,4 Millionen junge Menschen direkt unterstützt.

4. 15 Prozent mehr anerkannte ausländische Berufsqualifikationen im Jahr 2016

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 14. September 2017 sind im letzten Jahr 19.179 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig anerkannt worden. Das entspricht einem Anstieg von 15,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die meisten Anerkennungsverfahren finden sich wie in den Vorjahren bei den medizinischen Gesundheitsberufen. Darunter sind 7.569 Ärzte, 8.034 Gesundheits- und Krankenpfleger und 957 Physiotherapeuten. Die meisten Anerkennungsverfahren – 11.889 – haben sich auf Abschlüsse bezogen, die innerhalb der Europäischen Union erworben worden sind.

5. Ergebnisse des OECD-Berichts „Bildung auf einen Blick 2017“

Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in ihrem am 12. September 2017 veröffentlichten Bericht „[Bildung auf einen Blick 2017](#)“ mitteilt, bleiben höhere akademische und berufliche Bildungsgänge beliebt. Der wirtschaftliche Vorteil des Hochschulabschlusses variiert nach Studienrichtung. Beispielsweise beginnt jeder vierte Studierende ein Studium im Bereich Wirtschaft, Verwaltungs- und Rechtswissenschaften. Dagegen nehmen im Schnitt nur 16 Prozent eines Jahrgangs ein Studium in Ingenieurwissenschaften auf und nur fünf Prozent ein Studium der Informatik und das, obwohl die Beschäftigungsquote bei Absolventen dieser Fächer in vielen Ländern 90 Prozent übersteigt. Die Zahl der Studienanfänger in Deutschland ist zwischen den Jahren 2005 und 2015 von 43 Prozent auf 63 Prozent gestiegen, was dem höchsten Anstieg in den OECD- und den Partnerländern entspricht. Der Anteil der jungen Hochschulabsolventen in den Studienfächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) beträgt in Deutschland 37 Prozent, was dem höchsten Anteil unter allen OECD- und Partnerländern entspricht.

6. Anzahl der Hochschulabsolventen im Jahr 2016 um zwei Prozent gestiegen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 14. September 2017 haben im Prüfungsjahr 2016 rund 492.000 Personen einen Hochschulabschluss erworben, ein Anstieg von zwei Prozent zum Vorjahr. Davon haben etwa 90 Prozent die deutsche Staatsbürgerschaft und zehn Prozent sind Ausländer. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Masterabschlüsse um neun Prozent auf 124.400 und der Bachelorabschlüsse um zwei Prozent auf 249.600 (ohne Lehramt) angestiegen. Über ein Drittel der Abschlüsse ist im Jahr 2016 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften abgelegt worden. 26 Prozent haben ihr Studium in Ingenieurwissenschaften erfolgreich abgeschlossen, elf Prozent in Mathematik und Naturwissenschaften und ebenfalls elf Prozent in den Geisteswissenschaften. Auf die Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften sind sechs Prozent der im Jahr 2016 erworbenen Abschlüsse entfallen.

7. Webportal zu Open Educational Resources in der beruflichen Bildung

Die [Website](#) der Informationsstelle OERinfo (Open Educational Resources = OER) ist fertiggestellt, wie das Bundesinstitut für Berufliche Bildung Ende vergangener Woche mitgeteilt hat. Anhand multimedial aufbereiteter Informationen gibt der neue Online-Auftritt einen umfassenden Einblick in den aktuellen Stand der Entwicklung von offenen Bildungsmaterialien (OER). Hierunter werden digitale Lehr- und Lernmaterialien verstanden (Kursmaterial, Lehrwerke, Videos, Aufgabenblätter, Podcasts etc.), die jedem kostenlos zur Verfügung stehen. Offene Bildungsmaterialien dürfen aufgrund einer offenen Lizenz (Creative Commons) weiter vervielfältigt, verwendet, verändert, vermischt und verbreitet werden. Das Portal soll

maßgeblich zum Wissenstransfer und zur Vernetzung in diesem Bereich beitragen. OER sind für Berufsschullehrende, Ausbilder und Auszubildende interessant.

8. KI-Plattform „Lernende Systeme“ nimmt Arbeit auf

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) baut die Erforschung von Künstlicher Intelligenz (KI) aus. Laut einer Pressemitteilung vom 12. September 2017 hat das BMBF die Plattform „[Lernende Systeme](#)“ gestartet. Sie soll die Zusammenarbeit von Forschung und Anwendung verbessern und klären, wie „Lernende Systeme“ dem Menschen nützlich sein können. In sieben thematisch spezialisierten Arbeitsgruppen erörtern Experten technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen, die mit der Entwicklung und Einführung Lernender Systeme verbunden sind. Aus den Ergebnissen leiten sie Szenarien, Empfehlungen, Leitfäden oder Roadmaps ab. Folgende Arbeitsgruppen wurden eingerichtet: (1) Technologische Wegbereiter und Data Science; (2) Neue Arbeitsformen und Mensch-Maschine-Interaktion; (3) IT-Sicherheit, Privacy, rechtliche und ethische Rahmenbedingungen; (4) Geschäftsmodellinnovationen; (5) Mobilität und intelligente Verkehrssysteme; (6) Gesundheit, Medizintechnik, Pflege; (7) Lebensfeindliche Umgebungen.

9. Bundeskabinett beschließt Fortschrittsbericht zur Regional- und Strukturpolitik

Das Bundeskabinett hat am 13. September 2017 den von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries vorgelegten [Fortschrittsbericht](#) zur Weiterentwicklung eines gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen ab 2020 verabschiedet. Die Bundesregierung will nach dem Auslaufen des Solidarpakts II Ende des Jahres 2019 das staatliche Fördersystem für strukturschwache Regionen ab dem Jahr 2020 gesamtdeutsch ausrichten. Dazu zählen klassische Maßnahmen der Investitions- und Innovationsförderung wie auch Maßnahmen zur Stärkung der Infrastruktur und Sicherung der Daseinsvorsorge.